



Die Familien-Initiative der SVP fördert ein einziges Familienmodell, die Einverdienerfamilie.

Damit orientiert sie sich an der Ideologie einer Minderheit, und nicht an den Problemen der Gegenwart. Die Fremdbetreuung wird pauschal verurteilt und subventionierte Tagesstrukturen werden als Vernachlässigung der Eigenverantwortung und staatliche Bevormundung disqualifiziert. Auf dieser Werthaltung beruht die Familien-Initiative und setzt entsprechende steuerliche Anreize. Das ist nicht nur falsch, sondern grob fahrlässig.

Die Realität

Nicht einmal ein Drittel aller Familienhaushalte praktizieren das propagierte Alleinernährermodell. Die Mehrheit der Frauen wünscht, erwerbstätig zu sein. 77% der Frauen mit Kindern unter 15 Jahren sind erwerbstätig. Hohe Fremdbetreuungskosten und Mangel an Betreuungsplätzen sind mitverantwortlich dafür, dass viele Mütter in niedrigen Teilzeitpensen arbeiten. Das hat für sie nachteilige Folgen: tiefe Löhne, unsichere Arbeitsverhältnisse, schlechte soziale Absicherung insbesondere bei Trennung, und eingeschränkte Berufschancen. Die Mehrheit der Familien ist wirtschaftlich auf Doppелеinkommen angewiesen. Weil ihr verfügbares Einkommen nach Abzug der Steuern tiefer war als das Einkommen von Einverdienerhaushalten wurde 2011 der Fremdbetreuungsabzug eingeführt. Einelternfamilien und kinderreiche Familien sind besonders armutsgefährdet. In den Städten sind 10% der Minderjährigen auf Sozialhilfe angewiesen.

Die Probleme sind bekannt, die Lösungen auch

Seit 2004 hat die Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbstätigkeit in der Schweizer Familienpolitik zentrale Priorität. Diese Priorität gewinnt an Bedeutung wegen der demografischen Entwicklung und dem sich verknappenden Angebot an Arbeitskräften. Neben der Beseitigung der Benachteiligung von Zweiverdienerpaaren durch den Fremdbetreuungsabzug braucht es bedarfsgerechte ausserfamiliäre Betreuungsangebote und existenzsichernde und familienfreundliche Arbeitsbedingungen. Die SVP-Initiative bietet nichts, im Gegenteil, sie behindert Lösungen.

Die SVP-Initiative schadet

- Die steuerlich gerechtere Behandlung von verschiedenen Familienformen, welche durch den Fremdbetreuungsabzug erreicht wurde, wird zunichte gemacht.
- Die Erwerbstätigkeit beider Elternteile, und damit vor allem auch der Wiedereinstieg ins Berufsleben der Mütter, lohnt sich noch weniger. Rechenmodelle zeigen, dass sich insbesondere bei beruflich gut qualifizierten Paaren die Einkommenssituation bei einer Erwerbsaufnahme der Mutter mit einem Pensum von 40% praktisch nicht mehr

verbessert. Bei einer weiteren Pensumaufstockung besteht für viele bereits heute sogar ein Negativanreiz, welcher durch die Initiative noch verstärkt würde.

- Die Mehrheit der Mütter und die Mehrheit der heute gelebten Familienmodelle erfahren mit dieser Initiative eine Schlechterstellung. Das hat auch sozial und gesellschaftlich unerwünschte Folgen, insbesondere für die Frauen. Im internationalen Vergleich fällt die Schweiz heute auf wegen einem ausgeprägten Lohngefälle zwischen Frauen und Männern, bedingt durch einen weit überdurchschnittlichen Anteil an teilzeitarbeitenden Müttern.
- Um die Chancen von Kindern in armutsbetroffenen Familien zu verbessern, braucht es mehr ausserfamiliäre Tagesstrukturen. Gerade diese werden aber von den Initianten bekämpft.
- Um die Chancen von armutsbetroffenen Eltern zu verbessern, braucht es existenzsichernde Mindestlöhne. Auch diese werden von den Initianten bekämpft. Von steuerlichen Massnahmen profitieren armutsbetroffene Familien überhaupt nicht, da sie bereits steuerbefreit sind.

Die Grünen setzen sich ein für familienunterstützende politische Rahmenbedingungen. Diese dürfen sich nicht an Ideologien, sondern müssen sich an der gesellschaftlichen und politischen Realität orientieren. Nur so können wir garantieren, dass verschiedene Familienformen auch in Zukunft frei gewählt werden können. Davon profitieren nicht nur Familien, sondern auch die Gesellschaft. Der zukünftige Wohlstand und die Finanzierung der Sozialversicherungen wird nicht unwesentlich davon abhängen, ob

- Die Armut wirksam bekämpft werden kann
- Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gegeben ist
- Und die beruflichen Qualifikationen von Müttern und Vätern auch in der Zeit der Betreuungsphase ihrer Kinder unserer Gesellschaft zur Verfügung steht.

Yvonne Gilli